

Information nicht wissen, daß sich Pius XII. ausschließlich gegen die christus- und menschenfeindlichen Ideologien und Systeme wandte, nie aber gegen die von ihnen beherrschten Menschen. „Wir wissen die Völker von den Ideologien zu unterscheiden, die ihnen aufgezwungen wurden“, sagte Pius XII. in einer Ansprache vom November 1950. „Wir haben zwar gewisse Ideologien verworfen und verurteilt, aber damit haben wir weder gegen gewisse Völker noch gegen gewisse Staaten als solche gehandelt, sondern wir haben nur von den irrigen Meinungen gewarnt, die den Begriff des ewigen Gottes auf dem Erdkreis auslöschen und den christlichen Glauben zerstören wollen und die sich zur Verwirklichung dieser gottlosen Absicht politischer Parteien bedienen“ (Pius XII., Von der Einheit der Welt, Herder-Bücherei, Bd. 8, S. 85). Gerade im Hinblick auf die Koexistenz hat Pius XII. in seiner Weihnachtsbotschaft von 1954 die einzelnen *Menschen* als die einzig mögliche Basis bezeichnet. „Man hofft tatsächlich, daß die heutige Koexistenz die Menschheit dem Frieden näherbringt. Um aber diese Erwartung zu rechtfertigen, muß es irgendwie eine Koexistenz in der Wahrheit sein. Doch läßt sich aus der Wahrheit eine Brücke zwischen diesen beiden getrennten Welten nur errichten, wenn sie sich auf die in der einen und der anderen Welt lebenden Menschen stützt, nicht aber auf ihre Regierungsform oder gesellschaftlichen Systeme“ (ebd.).

Die Bedeutung des oben nur andeutungsweise referierten Artikels im JMP ist zunächst darin zu erblicken, daß er die kurz zuvor im JMP veröffentlichte recht positive Äußerung des Metropoliten Elias vom Libanon über den heutigen Papst desavouiert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 218) und die bei vielen Orthodoxen vorhandenen Sympathien für die Person des Papstes und etwa vorhandene Tendenzen einer Annäherung an die westliche Schwesterkirche in der Frage der christlichen Einheit zu zerstören sucht. „Christ und Welt“ vom 3. 3. 61 bezeichnete dieses „jüngste Manöver über das Moskauer Kirchenblatt“ als den ersten Versuch, unzeitgemäßen Konfessionshader wiederaufleben zu lassen. In dem zeitlichen Zusammenfallen mit neuen Maßnahmen gegen die katholische Kirche in einigen Ostblockstaaten („Christ und Welt“, 3. 3. 61) zeigt sich ein direkter Zusammenhang mit der allgemeinen Sowjetpolitik. Hierbei gewinnt die Persönlichkeit des Autors erhöhte Bedeutung. Es ist dies der erste Artikel, mit dem sich A. F. Schischkin, nach der von uns gemeldeten personellen Umbesetzung im Moskauer Patriarchat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 216) der neue verantwortliche Redakteur des JMP, auf den Seiten dieser Zeitschrift in seiner neuen Eigenschaft zu Worte meldet. Tendenz und Bedeutung jenes personellen Revirements sind somit zu einem Teil einsichtbar geworden. Es hat nicht den Anschein, daß die von A. F. Schischkin vertretene Linie diejenige des Patriarchen ist. Man muß annehmen, daß auch in der Frage der Beziehungen zu den anderen christlichen Kirchen und hinsichtlich des Problems der christlichen Wiedervereinigung innerhalb des Moskauer Patriarchats zwei entgegengesetzte Richtungen bestehen. Blättert man im Novemberheft des JMP einige Seiten weiter, findet man in einem Aufsatz des Exarchen für Mitteleuropa, Bischof Johannes, Worte des Patriarchen Alexius, die von einem ganz anderen Geist zeugen als die von A. F. Schischkin heraufbeschworenen antirömischen Vorurteile und Ressentiments.

Ungeklärt bleibt jedenfalls für den ausländischen Beobachter, inwieweit Schischkin mit seiner antirömischen

Polemik direkte Aufträge des politischen Regimes erfüllt oder ob sich hier, begünstigt durch die sowjetische Politik, latent in der Orthodoxie vorhandene antiwestliche und antirömische Tendenzen melden, die in letzter Zeit zurückgehalten worden waren. „Christ und Welt“ meldete aus Rom, man sei in vatikanischen Kreisen der Auffassung, daß der Angriff des Moskauer Patriarchats gegen die Römische Kirche nur unter schwerem Druck zustande gekommen ist.

## Aus der totalitären Welt

**Thesen der Ost-CDU** Am 26. Januar 1961 erschienen im **über ihre kultur-** Zentralorgan der Ost-CDU „**politische Arbeit**“ Zeit“ unter der Überschrift „Für eine sozialistische Nationalkultur“ Thesen zur kulturpolitischen Arbeit dieser pseudo-christlichen Partei. Diese Thesen sind ein weiterer Beweis für die völlige Einfügung und Unterordnung der Ost-CDU unter den Willen der kommunistischen Staatspartei. Während im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens die Ost-CDU im wesentlichen vor allem in politischen Fragen zum stetigen Nachgeben gezwungen war, wird sie seitdem selbst in weltanschaulichen Fragen sowie in allen kulturellen Problemen genötigt, von der Verteidigung ihres eigenen Standpunktes abzugehen, ja jeden Vorbehalt gegen die kommunistische Politik auf allen Gebieten aufzugeben. Die Ost-CDU soll nach dem Willen der kommunistischen Machthaber keinerlei Widerstand gegen die Durchführung der sozialistischen Kulturrevolution und der Revolution auf dem Gebiet der Ideologie leisten, ja sie soll, soweit wie irgend möglich, ohne ganz ihre Scheinphysiognomie als „christliche“ Partei zu gefährden, die kommunistische Kulturrevolution unterstützen. Der Zustimmung der Ost-CDU zur Jugendweihe seit dem Jahre 1957/58, der Anerkennung des dialektischen Materialismus als fortschrittlichster Wissenschaft folgte nun auch auf kulturellem Gebiet eine völlige Kapitulation, ja das aktive Eintreten der Ost-CDU-Führung für die kommunistische Kulturpolitik.

### Der „gesellschaftliche Auftrag“ der Ost-CDU

Das Dokument über den „gesellschaftlichen Auftrag“ der Ost-CDU lautet folgendermaßen:

„Der gesellschaftliche Auftrag der Christlich-Demokratischen Union besteht darin, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse die christliche Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auf den Sieg des Sozialismus und auf den konsequenten Kampf gegen die Atomkriegspolitik des klerikalen Militarismus zu orientieren. Zu diesem gesellschaftlichen Auftrag gehört auch die Aufklärung der Christen in der Bundesrepublik über das Wesen der nationalen Politik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates mit dem Ziel, ihre Kräfte für das Ringen um die Verständigung der Deutschen untereinander, für die Konföderation und damit die Wiedergeburt unserer Nation in einem demokratischen und friedliebenden gesamtdeutschen Staat zu gewinnen.“

In dieser Aufgabenstellung ist klar die Handlangerrolle der Ost-CDU gegenüber der kommunistischen Partei- und Staatsführung ausgedrückt. Die Christen sollen unter Verzicht auf elementare Rechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit sich willig in den kommunistischen Staat einfügen und diesen atheistischen Weltanschauungsstaat noch aktiv unterstützen, ja darüber hinaus sogar für dessen Ausbreitung in die Bundesrepublik wirken.

Die Ost-CDU begründet diese Unterordnungspolitik mit folgenden Worten und einem großen Ulbricht-Zitat:

„Bei ihrer Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus geht die CDU von der Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Prinzipien des Sozialismus und den ethischen Grundforderungen des Christentums aus. Hierzu heißt es in der programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober 1960: ‚Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Nur ist das Christentum, einst als Religion der Armen und des Friedens begründet, seit Jahrhunderten von den herrschenden Klassen mißbraucht worden. Heute wird es in Westdeutschland von den Kräften des Militarismus diesmal für die menschenfeindliche Atomrüstungspolitik mißbraucht. Die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung, die sich in der Botschaft: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen äußert, kann ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden!‘“

Der Ost-CDU dürfte die doppelzüngige kommunistische Verhaltensweise gegenüber Kirche und Religion nicht unbekannt sein. Zwar will die kommunistische Staatsführung einen Kulturkampf vermeiden, besser gesagt, sie möchte, daß ihr aus christlichen Kreisen möglichst wenig Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihrer Politik gemacht werden, doch ist die parteiinterne Einschätzung, die zum Maßstab des heutigen kommunistischen Handelns geworden ist: „Die Kirche ist der letzte organisierte Feind in der DDR“ (vgl. Herbert Prauß: „Doch es war nicht die Wahrheit“, Morus-Verlag, Berlin, S. 222).

Doch übersieht die Ost-CDU die antikirchliche Haltung des ostzonalen Staates und ist auf ihren Verrat an christlichen Grundsätzen noch stolz, denn sie stellt in den Thesen fest:

„Damit stellt zum erstenmal eine Partei christlicher Menschen in unserem Vaterland die politisch-moralische Einheit des Volkes und die Einheit seiner nationalen Kultur über enge partikuläre Interessen. Diese Haltung der CDU entspricht ihrer Verantwortung für den gesellschaftlichen Fortschritt und für den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt. Sie stellt damit die Anwendung der im politisch-ideologischen Kampf errungenen Überzeugung dar, daß erst im Sozialismus die christlichen Grundforderungen der Friedensliebe und der Nächstenliebe mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen verwirklicht werden können.“

Die Ost-CDU bekennt sich eindeutig zur sozialistischen kulturellen Umwälzung, die ihrem Inhalt und Wesen nach religions- und kirchenfeindlich ist, die die Freiheit und Würde jedes einzelnen Menschen verletzt und beschneidet und die jeden einzelnen im Kollektiv gleichschaltet und unterordnet (z. B. Zwangskollektivierung). Sie übernimmt es sogar, die kommunistische Kulturpolitik als modern und zutiefst humanistisch auszugeben.

„Ziel und Mittelpunkt unserer kulturellen Umwälzung ist der neue, sozialistische Mensch. Er wächst in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu einer Haltung echter Mitmenschlichkeit, gegenseitiger brüderlicher Hilfe und Solidarität. Das durch die Verantwortung für den anderen und für die Gesellschaft bestimmte Bild des sozialistischen Menschen berührt sich so mit der christlichen Auffassung vom Menschen. ‚Auch in der Entwicklung der sozialistischen Moral bestätigt sich unsere Erkenntnis, daß der Sozialismus der Humanismus unserer Epoche ist und den Forderungen christlicher Friedens- und Nächstenliebe in der Praxis Rechnung trägt‘ (Entschließung des 10. Parteitag).“

Nach diesen Worten müßte der Kommunismus die beste Gesellschaftsordnung für jeden Christen sein. In den Thesen findet sich nicht einmal eine Nuance von Distanzierung gegenüber kommunistischer Kulturpolitik; dagegen wird mit aller Kraft die Kulturpolitik der Bundesrepublik, die zum bedeutenden Teil von Christen geprägt wird, übel verleumdet. Als Hauptschlagwort wird von der Ost-CDU die kommunistische Legende vom politischen Klerikalismus benützt.

Es heißt in den Thesen:

„Die Haupttendenz des kulturellen Lebens in dem von der Adenauer-CDU regierten klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat in Westdeutschland ist die des politischen Klerikalismus. Sie realisiert sich einerseits im Bestreben, das kulturelle Leben zu militarisieren und zu klerikalisieren, was sich besonders deutlich im Schulwesen der Bundesrepublik zeigt. Andererseits ist ihre Verwirklichung mit einem wachsenden Terror gegen die humanistischen Kräfte in der westdeutschen Intelligenz, zumal unter den christlichen Kulturschaffenden, verbunden. Mit der Militarisierung geht eine Zentralisierung des westdeutschen Kulturlebens zum Zwecke seiner Gleichschaltung mit dem psychologischen Krieg gegen den Sozialismus Hand in Hand. Das zeigt sich besonders an der Einrichtung zentraler Kulturabteilungen in den Bonner Innen-, Außen- und Kriegsministerien.“

Es lohnt nicht, über diese Thesen mit denen zu streiten, die die völlige Knebelung der geistigen Freiheit in der SBZ tolerieren. Die Flüchtlingszahlen aus der SBZ sind nur ein Beweis dafür, wo wirklich Terror und Gleichschaltung praktiziert werden. Die gesamte Kulturpolitik in der SBZ ist doch von der SED völlig gleichgeschaltet worden, alles in der Kunst und Kultur soll dem SED-Standpunkt nützen, eine der wesentlichen Aufgaben kommunistischer Kulturpolitik ist es, die Menschen zum Klassenhaß und Klassenkampf zu erziehen. Während in der SBZ das gesamte Kulturleben hochgradig zentralisiert ist und die staatsbeherrschende SED das gesamte öffentliche Leben durchdringt, werden die schwachen Ansätze einer Zentralisierung in der Bundesrepublik diffamiert. Weiter heißt es in den Thesen der Ost-CDU:

„Indem sich die Tendenz des politischen Klerikalismus im Kulturleben Westdeutschlands mit den Tendenzen der Amerikanisierung, der Barbarisierung und der geistigen Nivellierung verbindet, wird deutlich, daß im klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat politische Reaktion, geistige Unterdrückung und moralischer Verfall zusammengehören.“

„Der Christlich-Demokratischen Union erwächst in diesem Zusammenhang die wichtige Verpflichtung, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften den Antihumanismus in der Kulturpolitik des den Bonner Staat durchdringenden politischen Klerikalismus sichtbar zu machen und zu bekämpfen.“

Die Ost-CDU stellt sich damit die Aufgabe, mit den kommunistischen Zweckklügen vom politischen Klerikalismus in Westdeutschland in christlichen Kreisen für die Kommunisten nützliche Infiltrationsarbeit zu leisten, Verwirrung zu stiften und zu spalten.

#### Spaltungsversuche

In dem Thesenabschnitt die „Aufgaben der CDU“ sind zwei Punkte hervorhebenswert:

„Im einzelnen kommt es dabei darauf an:

- a) mitzuhelfen, daß sich in den vollgenossenschaftlichen Dörfern ein vielseitiges sozialistisches Kulturleben entwickelt, ...
- e) in kirchlichen Kreisen Verständnis für unsere große Kulturbewegung zu wecken.“

Das moderne Bauernlegen in der SBZ, das eine Verletzung elementarer Menschenrechte darstellte, wird akzeptiert, und man stellt sich die Aufgabe, durch kommunistisch ausgerichteten Kulturzauber Unrecht vergessen zu machen und abzulenken. Außerdem soll die Ost-CDU die kirchlichen Kreise zum Nutzen der Kommunisten spalten und den christlichen Widerstandsgeist gegen die kommunistische Politik lähmen.

Mit folgenden Feststellungen versucht die Führung der Ost-CDU eine sowohl den kommunistischen Herren als auch den noch christlichen Elementen in der Ost-CDU und der Bevölkerung irgendwie Rechnung zu tragen.

„Die christlichen Kulturschaffenden können nur dann auf die Entwicklung des Bewußtseins christlicher Menschen in der DDR einwirken, wenn sie bewußt und parteilich unser Ringen um den Frieden, die Probleme des sozialistischen Aufbaus und unseres nationalen Kampfes gestalten. In der Förderung einer von christlichen Motiven und Ausgangspositionen bestimmten Kunst, in der Friedensliebe, Brüderlichkeit und Menschenwürde, der gemeinsame Kampf aller humanistischen Kräfte, sowie Wert und Bedeutung unserer sozialistischen Aufbauarbeit gestaltet werden, sieht die Christlich-Demokratische Union eine wichtige Aufgabe auf kulturpolitischem Gebiet. Gleichzeitig würdigt unsere Partei das künstlerische Schaffen im sakralen Bereich (Kirchenmusik, Literatur mit religiöser Thematik, kirchliche Kunst und kirchliches Kunsthandwerk usw.). Dieser sakralen Kunst ist in der Deutschen Demokratischen Republik in gleichem Maße Raum gegeben wie der Verkündigung des Evangeliums.“

Die Ost-CDU steht stets vor der schwierigen Aufgabe, sich trotz aller Preisgabe und allem direkten Verrat christlicher Grundsätze in der Politik noch eine christliche Fassade zu bewahren, um nicht vollends selbst als Satellit bedeutungslos zu werden. Die SED-Führung hat im übrigen ja auch der Ost-CDU die spezifische Aufgabe gestellt, in christlichen Bevölkerungskreisen mit christlicher Terminologie zugunsten des kommunistischen Staates zu wirken.

Bezeichnend ist, daß die Ost-CDU der „DDR“ noch bescheinigen muß, daß sakrale Kunst und die Verkündigung des Evangeliums noch in gewissen Grenzen geduldet werden, wobei sie darüber hinwegtäuschen muß, welche wirklichen Einschränkungen für christliche Verkündigung und christliche Lebensweise in der Öffentlichkeit bestehen.

Der Sache nach sind die neuen kulturpolitischen Thesen der Ost-CDU nichts grundlegend Neues, sie enthalten keine Kursänderung, schon vorher wurde dieser kulturpolitische Kurs gesteuert; dennoch sind diese Thesen eine bedeutsame Plattform, die die Ost-CDU noch fester an das kommunistische Regime binden wird. Die Thesen sind ein Ausdruck dafür, daß die Ost-CDU keine eigene christliche Kulturpolitik zu betreiben gewillt ist, daß man ihre Kulturpolitik bestenfalls als eine christlich getarnte Variante der kommunistischen Kulturpolitik der SED und des ostzonalen Staates ansehen kann.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Die Konzilsvorbereitungen in Zahlen

Die christliche Welt bringt den Vorarbeiten für das Zweite Vatikanische Konzil das größte Interesse entgegen. Sie hofft aus innerstem Herzen, daß das Konzil, wiewohl es nicht ausdrücklich und unmittelbar der Union dienen kann, sondern der Ergänzung der kirchlichen Lehre und der Reform der Kirche gewidmet werden soll, dennoch der Wiedervereinigung aller Christen in der Gemeinschaft des Glaubens und des kirchlichen Lebens den Weg bereiten möge.

#### *Der Charakter des Konzils*

Was seine Thematik betrifft, so ist diesmal, wie Kardinal Montini gelegentlich gesagt hat, keine einzelne dogmatische Streitfrage zu entscheiden. Deshalb ist es nicht wahrscheinlich, daß dogmatische Definitionen vorgenommen werden, die neue Gegensätze zwischen den Christen schaffen oder bestehende vertiefen könnten. Eher ist zu vermuten, daß das Konzil versuchen wird, manche dogmatische Lehren, die auf die getrennten Christen besonders anstößig wirken, in einen so umfassenden Zusammenhang mit den gemeinsamen christlichen Glaubensüberzeugungen zu bringen, daß ihr Sinn und ihre Folgerichtigkeit deutlicher zutage treten, so daß sie nicht mehr das gegenseitige Verständnis barrikadieren. Kardinal Bea hat das mehrfach angedeutet (vgl. ds. Heft, S. 297).

Auch die allgemeine und alltägliche Glaubensverkündigung, die Theologie und der *sensus fidelium* haben dem Konzil keine doktrinären Sachverhalte anzubieten, die einer konziliaren Entscheidung bedürftig oder aus innerer Notwendigkeit dafür reif wären. Es gibt gewisse mario-

logische Anliegen, die von manchen Kreisen mit frommem Eifer und zuweilen in einer recht kämpferischen Art und Weise vorgetragen werden. Aber daß sie nicht konzilsreif sind, dürfte durch die Verhandlungen der mariologischen Kongresse (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 134—148) bestätigt worden sein. Es ist auch nicht unehrerbietig, die Ansicht zu äußern, daß diese Anliegen am Maßstab des obersten Gesetzes der Kirche gemessen werden müssen: *salus animarum suprema lex*. Ganz naiv darf man glauben, daß die Mutter Gottes die letzte ist, die sich an Huldigungen freuen würde, die mit einer Vertiefung der Abneigung oder des Mißtrauens zwischen den Christen erkaufte Würden. Die Liebe und Verehrung, die ihr entgegengebracht werden, bedürfen keiner Bestätigung in dieser Form.

#### *aggiornamento*

Für den Verhandlungsstoff des kommenden Konzils hat der Papst selbst einen vortrefflichen Ausdruck geprägt. Der Heilige Vater sprach von einem „aggiornamento“, einer umfassenden Anpassung der Kirche an unsere Zeit. Ein gewaltiges Vorhaben! Es beschwört die Erinnerung an die Tridentinische Reform herauf, die der Kirche — damals gegen alle Hoffnung — die Kraft gegeben hat, vierhundert Jahre Neuzeit zu bestehen. Wenn auch die Dogmen ihrer Substanz nach irreformabel sind, hat es dennoch einen guten Sinn, von einer zeitgerechten Anpassung, einem *aggiornamento*, der kirchlichen Lehre zu sprechen. Dabei ist nicht an den klassischen Begriff der Dogmenentwicklung in Richtung auf eine immer genauere Präzision der Aussagen und Explikation der Offenbarungsgelalte zu denken, sondern heutzutage mehr denn je